Bezugsgebühr vierteljährlich Mk. 2.50, durch die Post Mk. 2.75.
Annahme von Ankündigungen: Werktags 10 v. Vorm. 8–3 Uhr Nachm. Sonntags v. Vorm. 11–½1 Uhr Mitt. Zu Verkauf: Gr. Plauen. 5 nur an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags.
Die 1spaltige Grundzeile (enthält 8 Silben) 15 Pfg., Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pfg.; Doppelzeile „unterm Strich" (eingesandt) 40 Pfg. Grundzeile für Montags oder nach Festtagen 20 Pfg. für Familiennachrichten 25, bes. 30 Pfg. nach besonderem Tarif. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Annoncenbureaux an. Belegblätter werden mit 10 Pfg. berechnet.
Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

40. Jahrgang. Dresden, 1895.

Dr. Kadner's Sanatorium
Heil-Anstalt und Kurhaus. **Niederlössnitz bei Dresden.** Das ganze Jahr geöffnet.

(D. R.-P.) **Thüre zu!**
Vollkommenster, selbstthätiger geräuschloser **Thürschliesser.**
75,000 St. im Gebrauch.
Prospecte gratis u. franco.
Curt Heinsius,
Königl. Sächs. Hoflieferant.
Dresden-N.,
Kurfürstenstr., Ecke Tieckstr.
(Fernsprechamt II, Nr. 2100.)

1. Tapeten-Specialgeschäft Dresdens
F. Schade & Co.
Victoriastrasse 2. Telephon I, Nr. 488.

Gegründet 1867.
Bettfedern und Daunen,
gefüllte Inlets in jeder Preislage empfiehlt das
Special-Geschäft von **Julius Udluft**
An der Mauer 3 Kgl. Hoff. **Ecke Seestrasse.**

Natürl. Mineralwässer,
garantirt diesjährige frische Füllung, im inneren Stadtbezirke freie Zusendung, nach auswärts unter billigster Berechnung der Verpackungsspesen.
Königl. Hofapotheke, Dresden.

C. Heinrich Barthel Putz- und Modewaarenhaus **Waisenhausstrasse 30** Fernsprecher III, 3390. **Eigene Strohhutfabrik. Neueste Modelle.**

Nr. 151. Spiegel: Metall- und Negerfrage und „Kinderrepublik" in Amerika. Hofnachrichten, Minister von Watzdorf in Freiberg. Maienschmuck, Diakonissenanstalt, Kinetoskop, Landesversicherungsamt, Gerichtsverhandlungen. | Vermuthliche Witterung: Heiter, wärmer. **Freitag, 31. Mai.**

Für den Monat Juni

werden Bestellungen auf die **„Dresdner Nachrichten"** für Dresden bei unterzeichneter Geschäftsstelle zu **90 Pfennigen,** für auswärts bei den Kaiserlichen Postanstalten im Deutschen Reichsgebiete zu 92 Pfennigen, in Oesterreich-Ungarn bei den K. K. Postämtern zu 85 Kreuzern angenommen.

Geschäftsstelle der „Dresdner Nachrichten",
Marienstraße 38, Erdgeschoß.

Politisches

Im Lande der „Gleichheitsflegel" — wie Heine in seiner geschmackvollen Weise die Bürger der großen transatlantischen Republik betitelt hat — dreht sich augenblicklich das gesammte politische Interesse um die Metallfrage. „Weiß oder roth?" Das ist freilich nicht so zu verstehen, als ob es in den Vereinigten Staaten eine eigentliche Goldwährungspartei gäbe, die das Silber als Scheidemünze behandelt wissen will. Anhänger der reinen Goldwährung finden sich in Amerika nur ganz vereinzelt und zwar fast ausschließlich in den großen Bankkontors. Im Uebrigen giebt es in den Vereinigten Staaten nur zwei Parteien, soweit die Währungsfrage in Betracht kommt. Die eine Partei ist diejenige der internationalen Bimetallisten, an deren Spitze der jetzige Präsident Grover Cleveland steht. Die Anhänger dieses Systems erstreben die Festsetzung eines internationalen Werthverhältnisses zwischen Silber und Gold, auf Grund dessen in allen Kulturstaaten Gold und Silber als gleichermaßen giltige Werthmesser zu gelten haben. Die andere Partei, die von dem durch seinen Silberfanatismus in weiteren Kreisen bekannt gewordenen Mr. Bland geführt wird, will dagegen von einer internationalen Regelung der Silberfrage nichts wissen, sondern befürwortet ein einseitiges Vorgehen Amerikas in der Weise, daß die Silberprägung in den Vereinigten Staaten ohne irgendwelche Beschränkung, ohne jede Rücksicht auf die Aufrechterhaltung der Goldreserve freigegeben werden soll. Die Durchführung dieser Maßregel würde einen alsbaldigen völligen Abfluß des Goldes aus Amerika und so die thatsächliche Herrschaft der reinen Silberwährung zur Folge haben. Diese Richtung stützt sich im Wesentlichen auf den „Nativismus", d. h. auf die chauvinistischen Elemente, die dem Panamerikanismus in politischer und wirthschaftlicher Beziehung huldigen, indem sie aus dem gesammten amerikanischen Kontinent ein einheitliches Staats- und Zollgebiet unter der Herrschaft des Sternenbanners machen wollen. Wenn also mit Bezug auf amerikanische Verhältnisse von gutem und schlechtem Gelde, von Gold- und Silberstaaten geredet wird, so ist das nur in obigem Sinn zu verstehen. Die Anhänger der guten, gesunden Währung, die „Goldstaaten", erstreben die internationale Doppelwährung, die Parteigänger der „Geldverschlechterung" dagegen wollen die einseitig amerikanische, reine Silberwährung. Innerhalb der beiden großen politischen Parteien, der Demokraten und Republikaner, stellt sich das Verhältniß zu der jetzt die ganze Lage beherrschenden Geldfrage im Wesentlichen so, daß die internationale Doppelwährung ihre Hauptstütze bei den Demokraten findet, während die Anhängerschaft für Silberfreiprägung in den Reihen der Republikaner in Anlehnung an das dort mehr vertretene chauvinistische Yankeethum überwiegt. Indessen ist nicht zu verkennen, daß die feste Grenzlinie zwischen den politischen Parteien sich unter dem Einfluß der Geldfrage mehr und mehr verschiebt. Insbesondere hat die Partei der Silberfreiprägung in der letzten Zeit ihre Chancen verbessert infolge des Scheiterns der Bemühungen, die auf die Herbeiführung einer internationalen Regelung der Silberfrage gerichtet waren. Dieses Anwachsen der reinen Silberpartei in Amerika ist ein Vorgang, den unsere Industrie nicht leicht nehmen sollte; denn von dem Augenblicke an, da diese Partei sich zur unbeschränkten Herrin der Geschicke des Landes machte, würde die Gefahr einer Ausschließung der europäischen Importe aus den amerikanischen Märkten in unliebsame Nähe gerückt werden. Die Silberfreiprägung enthält im Prinzip genau dieselbe monetarische Uebertreibung wie die reine Goldwährung nach der anderen Seite, zu deren Schutz jetzt überall „Goldgarden" gebildet werden. Der Pfad, auf dem allein die Völker an das Ziel ihres wirthschaftlichen Gedeihens gelangen können, liegt in der Mitte und ist mit Gold und Silber gleichmäßig gepflastert. Diese Frage ist grundsätzlich längst entschieden und der Kampf, der noch um ihren praktischen Austrag geführt wird, ist zur Zeit nichts weiter mehr als ein Kampf um die Macht zwischen den Interessenten, dessen Ausgang heute zwar noch nicht abzusehen ist, in dessen Verlauf aber die tapferen Landsknechte der internationalen Doppelwährung Schritt um Schritt an Boden gewonnen haben.

Außer der Metallfrage „Weiß oder roth?" beherrschen noch zwei andere Fragen die Lage, bei denen das „Weiß" ebenfalls die Hauptrolle spielt, wenn auch in anderem Sinne. Sie lauten: „Weiß oder gelb?" und „Weiß oder schwarz?" und beziehen sich auf die herrschenden Rassengegensätze gegenüber den Chinesen und den Negern. Seit den letzten diplomatischen Erörterungen zwischen Washington und Peking über die Antichinesenbill, die der unerträglichen Konkurrenz der bezopften Söhne des himmlischen Reiches gegenüber den einheimischen weißen Arbeitern ein Ende machen sollte, ist es zwar von der Chinesenfrage im Innern der Republik stiller geworden, aber die Amerikaner wollen nun einmal den Spieß umkehren und den Chinesen im eigenen Lande Konkurrenz machen. Das Yankeethum strebt mit großer Zähigkeit nach dem Ziele, sich die wirthschaftliche Herrschaft über China zu sichern und es hatte sich als günstigen Zeitpunkt für die Ausführung dieser Absichten den Abschluß des chinesisch-japanischen Kriegs ausersehen, indem es gegen Uebernahme der chinesischen Kriegsschuld sämmtliche Eisenbahn-, Bergwerks- und sonstigen industriellen Konzessionen ausschließlich amerikanischen Unternehmern in die Hände spielen wollte. Es scheint aber, daß diese ingeniöse Idee vor der rauhen Wirklichkeit des europäisch-ostasiatischen Dreibundes vorläufig wieder verpufft ist. Ganz aufgegeben ist sie von den unternehmenden Yankees aber sicher nicht. Die Erringung der wirthschaftlichen Oberherrschaft über China gehört neuerdings mit zu den Dogmen des amerikanischen Chauvinismus und wer die Yankees kennt, weiß, daß sie einen solchen Gedanken, der ihnen einmal in Fleisch und Blut übergegangen ist, ebenso wie die Monroedoktrin, mit unerschütterlicher Zähigkeit festhalten. Es heißt dann bei der Durchführung einfach: „Right or wrong, my country" (mag es Recht oder Unrecht haben, es ist mein Vaterland). Diese chauvinistische Richtung drängt jetzt mit Macht gegen die maßvolle Politik eines Cleveland heran, dessen korrektes Verhalten in den auswärtigen Fragen, insbesondere während des Zwischenfalles zwischen England und Nicaragua das größte Mißfallen der „Jingos", der Kriegsparteiler erregt hat. Das Anwachsen der nativistischen Strömung in Amerika, die insbesondere ihre Spitze auch gegen das Deutschthum kehrt, ist eine der unerfreulichsten Seiten der gegenwärtigen Entwickelung. Hand in Hand damit geht ferner die zunehmende Animosität gegen die schwarze Rasse. Das „Weiß oder schwarz?" ist eine Frage, die trotz mehr als 250jähriger Dauer der gesetzlichen Gleichstellung der Schwarzen nicht nur nichts an Schärfe eingebüßt hat, sondern die den natürlichen Gegensatz der beiden Rassen gerade je länger desto mehr hervortreten läßt. Trotz aller humanen Gesetze ist der „Schwarze" in der „großen" Republik thatsächlich geächtet, rechtlich und gesellschaftlich. Ja, der Haß geht so weit, daß gerade in neuerer Zeit Lynchungen von Negern, die durch die unsagbar barbarische Art ihrer Ausführung die amerikanische Gesittung mit Schmach bedecken, erschreckend häufig geworden sind. Dieser Gegensatz ist nicht nur in den früheren Sklavenstaaten so scharf ausgeprägt, sondern genau ebenso in den östlichen und westlichen Staaten. In ernsten Kreisen hat sogar der Gedanke einer allgemeinen Abschiebung der Neger und Gründung einer eigenen Negerrepublik Fuß zu fassen vermocht. Nur das deutsche Element beeilte sich von jeher getreulich, die Härten dieses Rassenhasses abzuschleifen. Was aber von dieser Seite vielleicht aufgebaut worden ist, wird von den jetzt Oberwasser führenden Nativisten blindlings wieder eingerissen.

Damit dem Ernst auch der Humor nicht fehle, sorgen die amerikanischen Chauvinisten von Zeit zu Zeit durch allerlei Mumpitz zugleich für die allgemeine Erheiterung. So ist jüngst in einer größeren Stadt eine „Kinderrepublik" gegründet worden zu dem Zwecke, der amerikanisch-republikanischen Jugend Patriotismus beizubringen. Die Gründer dieser „Republik" wollen sogar die Bundesgesetzgebung für ihren Plan anrufen, um die Einrichtung zu verallgemeinern. Ferner ist bei der Bundeslegislatur ein Antrag eingegangen, statt dessen die Töchter des Landes aufgefordert werden, hinfort keinen Ausländer mehr zu heirathen. Die amerikanischen Töchter sollten patriotische Gesinnung zeigen und die fremden Adelstitel verachten. Da kennt der Herr Antragsteller aber die amerikanischen Millionärstöchter, auf die der Antrag gemünzt ist, schlecht. Dieser Sorte von Damen ist alles Hekuba, was nicht einen europäischen Adelstitel trägt, vom Grafen angefangen; die einfache fünfzackige und die siebenzackige Krone zählen der Regel nach nicht mit. Das ganze Dichten und Trachten einer solchen amerikanischen Millionärstochter ist ausschließlich auf die Ergatterung eines europäischen Adelstitels gerichtet. In den Kreisen der Newyorker „obersten 400" (so heißt der dortige Milliardärring) wirft sich der weibliche Theil einem dort auftauchenden europäischen Grafen oder Prinzen unbesehen vor die Füße, ob der Betreffende will oder nicht. Meist will er freilich, denn die amerikanischen Millionen sind schon mitzunehmen. Wenn sich aber in Newyork selbst nichts Gräfliches oder Fürstliches sehen lassen will, dann gehen die Millionärstöchter auf den Namensfang nach Europa und da findet sich denn regelmäßig leicht der Gewünschte. Manchmal geht die Sache aber doch trotz aller Millionen schief, wie z. B. im vorigen Jahre mit Fräulein Pullman, die Demjenigen, den sie haben wollte, nicht bekommen hat. Diesen Damen mit Hülfe der Gesetzgebung Patriotismus einzuimpfen, ist ein zwar origineller, aber unausführbarer Gedanke. Dem Großkapital wohnt die von ihm unzertrennliche Eigenschaft inne, daß es an einer gewissen obersten Grenze aufhört, für irgend etwas Anderes in der Welt Interesse zu haben, als für sich selbst, für seine eigenen Thorheiten und Launen, für seinen alle Schranken übersteigenden Egoismus.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 30. Mai.

Berlin. Der Kolonialrath tritt Mitte Juni zu seiner Frühjahrssession zusammen. — An Stelle des zum Statthalter von Elsaß-Lothringen ernannten Fürsten zu Hohenlohe-Langenburg wird der neue Präsident der deutschen Kolonialgesellschaft, Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg, in den Kolonialrath berufen werden. — Die „Kreuzztg." hatte sich kürzlich gegen die Bestrebungen der freisinnigen Partei auf Einführung des parlamentarischen Regierungssystems auch in Deutschland gewandt und gesagt, man wolle den Monarchen zu einen Scheinfürsten degradiren und denselben über das Parteiwesen stellen. Man wolle die Zügel der Regierung selbst ergreifen und nach eigenem Ermessen die Beamtenstellen besetzen. Die freisinnige Presse antwortet darauf, daß das von der „Kreuzztg." entworfene Bild von Parteiambition füglich Zug um Zug auf das eigene Verhalten der politischen Parteirichtung passe, die von der „Kreuzztg." und dem Organe des Bundes der Landwirthe publizistisch vertreten werde. Die „offiziöse Nordd. Allg. Ztg." meint nun, es lasse sich auch in der That nicht leugnen, daß das traditionelle Verhalten der Konservativen im Parlament und in der Presse gegenüber den von Sr. Majestät berufenen Ministern in den letzten Jahren sich um eine nicht unbedeutsame Schattirung verschoben habe. Mit einer schroffen allgemein gegnerischen Stellungnahme gegen einen Minister und mit Aeußerungen, die unverhüllt auf seine Entfernung vom Amte hindrängen, wird Kritik an den Entschließungen der Krone geübt und in ihre Prärogative einzugreifen versucht. Die Sicherheit, mit der man sich zu der Erwartung bekenne, daß es gelingen werde, die Resultate der sorgfältigen Berathungen des Staatsrathes über den Antrag Kanitz bei Seite zu räumen, hätte zum Mindesten in der Form ihres Ausdrucks gemäßigt werden müssen. Es wäre zu wünschen, schließt die „Nordd. Allg. Ztg.", daß den berechtigten Anklagen, welche die „Kreuzztg." gegen die Demokratie erhebt, nicht solche Einwendungen entgegengehalten werden könnten. Der Kampf für die gute Sache des machtvollen Königthums und der starken Staatsautorität, unter deren Banner wir den Ausgang aus dem Wirrwarr des Streites der Parteien und der Zersetzung unseres öffentlichen Lebens gewinnen wollen, würde dann erheblich an Kraft und Klarheit der Bahn und an sicheren Siegeschancen gewinnen. — An der heutigen Börse war das Gerücht von einem neuen elektrischen Geschäft der Dresdner Bank verbreitet. Eine Nachfrage bei der Bank ergab keine Bestätigung dieses Gerüchts. Die Dresdner Bank gehört zu dem Konsortium der Gesellschaft für elektrische Unternehmungen. — Der österreichische Oberleutnant Krauß, der am 19. September v. J. in der Potsdamer Straße schwer verunglückte, ist heute aus dem Krankenhause entlassen worden. Der Offizier war von einem Pferdebahnwagen gesprungen, überfahren und an den Beinen so schwer verletzt worden, daß Niemand an seine Wiederherstellung glaubte.

Berlin. In Frankreich droht die Ordens-Erbsteuer zu einem regelrechten Kulturkampfe zu führen. Der „Voss. Ztg." wird aus Paris telegraphirt: Kultusminister Poincaré schrieb dem Erzbischof Sannois von Cambrai: „Priester ihres Erzbisthums haben in Versammlungen gemeinsame Verwahrungen gegen das Orden-Erbsteuergesetz veröffentlicht. Diese Priester durften, was auch ihre persönliche Meinung sein mag, nicht vergessen, daß alle Bürger dem Gesetz Gehorsam schulden. Dienern des Glaubens, namentlich vom Staat besoldeten, geziemt es nicht, das Beispiel derartiger Kundgebungen zu geben. Ueberdies verletzten die Priester durch ihre gemeinsamen Erklärungen Artikel 4 des Concordats. Die Regierung kann derartige Kundgebungen nicht ohne strengsten Tadel hingehen lassen; wollen Sie mich wissen lassen, welche Maßregeln Sie zu treffen nicht unterlassen werden, um sie zu unterdrücken und ihrer Wiederholung vorzubeugen." Erzbischof Sannois erwiederte darauf: „Ich soll Ihnen sagen, welche Maßregeln ich treffen werde? Erlauben Sie mir, Ihnen einfach und gerade zu sagen, daß ich gar keine treffen werde. Die Priester haben nicht in amtlicher Eigenschaft gehandelt, sondern als französische Bürger und Wähler mit dem Rechte, das die Verfassung allen Bürgern gewährleistet, mit dem Rechte, frei zu denken und öffentlich zu sprechen. Wenn die Herren Artikel 4 des Concordats verletzt haben, so giebt es ein zuständiges Gericht, das dieses Vergehen zu beurtheilen hat. Sie werden begreifen, daß ich Bedenken trage, in die Rechtsprechung überzugreifen, ich behalte mir vor, meinen Priestern bei vertraulichen Begegnungen meine persönlichen Ansichtungen über die beklagenswerthen Finanzmaßregeln auszudrücken, die unseren Orden, die thätigsten und wichtigsten Werkzeuge des christlichen Lebens treffen." Goblet will heute die Regierung über diesen Briefwechsel, der einen regelrechten Kulturkampf einleitet, befragen.

Berlin. Nach der „Deutschen Warte" wurde gegen Fähnrich v. Stumm wegen Herausforderung zum Zweikampfe das Strafverfahren eingeleitet.

Berlin. Der Bundesrath stimmte mit einigen Abänderungen dem Antrage der Ausschüsse zu dem Gesetzentwurfe betr. die Pflichten der Kaufleute bei Aufbewahrung fremder Werthpapiere, sowie dem Ausschußantrag zu dem Börsengesetz und dem Abgabentarif für den Nordostseekanal zu. — Die Kredit- und Sparbank in Leipzig dementirt die Nachricht bezüglich der Einführung ihrer Aktien an der Dresdner Börse.

Kiel. Von den in der Eckernförder Bucht Schwerverwundeten ist ferner der Arbeiter Stollenberg gestorben. Der vermißte Lehrling Pochlis wurde, wie sich jetzt herausgestellt hat, bei der Explosion sofort getödtet und in's Wasser geschleudert. Somit sind bis jetzt im Ganzen 13 Todte zu verzeichnen.

Inowrazlaw. Der „Posnanski Bote" berichtet aus Mogilno, daß dort zwei russische Offiziere in Civil unter dem Verdacht der Spionage verhaftet worden sind.

Wien. Die polnischen Blätter melden übereinstimmend, wegen der unerträglichen inneren Lage werde sogleich nach Schluß der Delegation die Auflösung des Parlaments erfolgen. Die Neuwahl soll im Herbst stattfinden.

Wien. Die Auflösung des hiesigen Gemeinderathes aus Anlaß der gestrigen Vorgänge in der Sitzung und der darauf veranstalteten Straßentumulte soll unmittelbar bevorstehen.

Wien. Der Gemeinderath ist aufgelöst worden.

Paris. „Matin" giebt heute zu, daß Pasteur gar kein preußischer Orden angeboten worden ist. Die Sammlungen für eine Ehrengabe an den Gelehrten, weil er einen solchen Orden angeblich nicht hat annehmen wollen, werden trotzdem fortgesetzt. — Alexander Dumas, der seit zwei Monaten Wittwer ist, wird sich in den nächsten Tagen wieder verheirathen. — Der Großrath der Ehrenlegion verlieh dem Ingenieur Eiffel, der von den Gerichten in der Panama-Affaire moralisch verurtheilt war, das Offizierskreuz des Ordens.

Rom. In Ferrentino im Wahlkreise Frosinone brachen nach der Proklamation des Wahlresultats, wonach der oppositionelle Kandidat General Ellena geschlagen und der ministerielle Kandidat Vienna gewählt erscheint, Unruhen aus. Die Bevölkerung versuchte, das Rathhaus zu stürmen, wurde aber von den Truppen zurückgeschlagen, die auch jetzt noch auf dem Marktplatze bivouakiren.

Konstantinopel. In Trebisonde hat sich ein armenischer Erzbischof in einem Anfalle von Geistesgestörtheit aus dem Fenster auf die Straße gestürzt. Er blieb sofort todt. — Bei dem Brande in dem Vororte Eyub wurden 40 Häuser ein Raub der Flammen, darunter einige große Konaks, zwei Mühlen, eine Mädchenschule und mehrere Kaffeehäuser. Der Schaden ist ein sehr bedeutender.

Tokio. Der Kaiser von Japan hielt heute seinen Siegeseinzug in der Hauptstadt. Die Stadt war festlich geschmückt, die Begeisterung groß.

Die Berliner Börse eröffnete recht fest, namentlich für Banken; später trat, ausgehend von Hüttenaktien, Abschwächung ein, es gingen Gerüchte um, daß die Dividende des Bochumer Gußstahlvereins unbefriedigend ausfallen würde, was größere Abgaben in Eisenwerthen veranlaßte. Banken dagegen bewahrten gute Haltung. Dresdner Bank bevorzugt auf Gerüchte über ein neues Geschäft der Bank; auch in Berliner Handelsantheilen fanden größere Käufe statt mit Rücksicht auf die Uebernahme der Bukarester Stadtanleihe, andere lokale Banken gleichfalls höher. Kreditaktien setzten recht fest ein, schwächten sich aber später ab. Von Eisenbahnen gingen deutsch-östliche bei höheren Kursen lebhaft

Photographie-Atelier „Adèle"
Garantirt künstlerische Ausführung von Porträts, Gruppen, Interieurs etc. etc.
II Striesener Platz 11. Fernsprechanschluss II, 2100.